



II-2428 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, 1981 05 18

Zl.: 10.101/49-I/5/81

Schriftliche parlamentarische Anfrage
Nr. 1122/J der Abgeordneten Dr. Stix,
Grabher-Meyer
betreffend Tankstellenpächter

1092/AB
1981 -05- 20
zu 1122/J

An den
Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Anton BENYA

P a r l a m e n t

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage
Nr. 1122/J betreffend Tankstellenpächter, die die Abgeord-
neten Dr. Stix, Grabher-Meyer am 1. April 1981 an mich
richteten, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu Frage 1:

Die Tankstellen-Entgelte werden in privatrechtlichen Ver-
trägen zwischen Verpächtern und Pächtern vereinbart. Sie
sind mit einem Durchschnitt aus den wegen unterschiedlicher
Eigentumsverhältnisse unterschiedlichen Sätzen in den zur
behördlichen Preisbestimmung beantragten Treibstoffpreisen
bei Abgabe an der Pumpe enthalten.

Bei der Festsetzung volkswirtschaftlich gerechtfertigter
Treibstoffpreise bei Abgabe an der Pumpe wird im Rahmen
des preisbehördlichen Vorprüfungsverfahrens jeweils fest-
gestellt, welche Veränderung die Kalkulationspost "Tank-
stellen-Entgelt (Durchschnitt aus den wegen unterschiedlicher
Eigentumsverhältnisse unterschiedlichen Sätzen) die Preis-
entscheidung jedenfalls inkludiert. Im Protokoll der Sitzung

**DER BUNDESMINISTER
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE**

- 2 -

der Preiskommission, in welcher die entsprechenden Anträge begutachtet werden, wird der absolute Erhöhungsbetrag des Durchschnitts-Tankstellen-Entgeltes festgehalten. Wenn die Erhöhung nicht der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit entspricht, ist dies auf die gesetzliche Verpflichtung zur Festsetzung volkswirtschaftlich gerechtfertigter Preise zurückzuführen.

Ergänzend möchte ich feststellen, daß ich stets bemüht bin, in Verhandlungen die für diesen Berufszweig nötigen Anpassungen zu erreichen, obwohl ich primär die Auffassung vertrete, daß ich einen Gesamtantrag zu prüfen und zu beurteilen habe und es somit Aufgabe der antragstellenden Interessenvertretungen ist, einen entsprechenden Interessenausgleich herbeizuführen.

Zu Frage 2:

Im konkreten Fall handelt es sich um privatrechtliche Vereinbarungen und ich besitze keine gesetzliche Möglichkeit, unmittelbaren Einfluß darauf zu nehmen.

Dessenungeachtet werde ich mich bemühen, die Überlegungen und Erfahrungen in dieser Frage im vergleichbaren Ausland festzustellen.

